

Liebe Freundinnen und Freunde,



die für 2026 geplante Raketenstationierung und die Militarisierung der Gesellschaft werden neben den aktuellen Kriegen die bestimmenden Themen für uns als Friedensbewegung sein.

Nachdem sich jetzt die SPD-Spitze eindeutig hinter den am Parlament und der Öffentlichkeit vorbei gefällten Beschluss von US- und Bundesregierung zur Stationierung von Mittelstreckenraketen und Hyperschallwaffen gestellt hat und Union



und Grüne ohnehin dafür sind, kommt es zur Verhinderung dieses, den Rüstungswettlauf eskalierenden Vorhabens, jetzt auf einen möglichst breiten Protest von außerparlamentarischen Gruppen und der Bevölkerung an. Die von den Befürwortern vorgetragenen „Argumente“, die „lange vorbereitete“ Planung (Scholz) sei „eine Reaktion“ auf den russischen Einmarsch in die Ukraine und „die massive russische Aufrüstung der vergangenen Jahre“ (SPD-Präsidium) ist aber ebenso falsch, wie der als „Beruhigungsspiel“ gedachte Versuch, diese erschlagsfähigen Waffen würden, nur „mit konventionellen Sprengköpfen“ ausgestattet, weniger gefährlich sein. Wahr ist, dass die Trump-Regierung im Feb. 2019 den INF-Vertrag zum Stationierungsverbot landgestützter Mittelstreckenraketen gekündigt hat, weil eigene Mittelstreckenraketen bereits soweit entwickelt waren, dass die US-Regierung damit gegen den noch bestehenden Vertrag verstossen hätte. Die jetzt noch in Entwicklung befindlichen Hyperschallwaffen, die mit einer Geschwindigkeit von mehr als 20.000 km/h Moskau so gut wie ohne Vorwarnzeit erreichen können, haben durch ihre Enthauptungseigenschaften das Potential, Europa in einen alles vernichtenden Atomkrieg zu stürzen, weil Moskau sich in der `Militärlogik` im Falle eines Alarms gezwungen sehen würde, sein gesamtes Arsenal auf Europa loszuschicken, bevor es durch die Hyperschallraketen auf eigenem Territorium ausgeschaltet würde. (So auch die sog. Expertin Claudia Major: „So hart es klingt: Im Ernstfall müssen NATO-Staaten auch selbst angreifen können...um russische Raketenfähigkeiten zu vernichten“.)

Für die politisch nicht mehr ausgeschlossene Möglichkeit eines neuen großen Krieges in Europa sucht die Bundeswehr dringend mehr Soldaten und umwirbt daher massiv junge Menschen, um sie mit moderner Technik, Kameradschaft und Karriereaussichten zum Dienst an der Waffe zu ködern. Ein weiterer Baustein dazu soll auch das neue Wehrdienstkonzept der Bundesregierung sein, welches zwar eine gewissen „Freiwilligkeit“ vorschreibt, aber trotzdem eine Totalerfassung aller Jugendlichen vor Erreichen des 18. Geburtstages anstrebt. Vor allem aber ist einzukalkulieren, dass „kriegstauglich“ Gemusterte, die sich zwar gegen die Bundeswehr entschieden haben, trotzdem damit rechnen müssen, bei Nichterreichen des angestrebten Personalziels und sowieso im „Spannungs- oder Verteidigungsfall“ zwangsverpflichtet zu werden. Wer dies vermeiden will, sollte **unbedingt die Verweigerung des Kriegsdienstes beantragen**.

Außerdem können alle Jugendlichen bei ihren jeweiligen Einwohnermeldeämtern beantragen, die standardmäßige Herausgabe ihrer Daten an die Bundeswehr zu unterbinden. Infos dazu unter: www.dfg-vk.de !



..von der DFG-VK Aachen/Aktionsrückblicke:

Die Eskalation bei der Entwicklung neuer Atomwaffen, die Einsatzdrohungen und Stationierungspläne standen ebenso im Fokus der Redebeiträge zum diesjährigen **Hiroshimatag am 06. Aug.** wie auch der Bürgerantrag unseres „Aachener Bündnisses gegen Atomwaffen“ zur Einrichtung eines Platzes mit einer Mahntafel neben der Citykirche. Trotz Urlaubszeit und Hitze nahmen rund 35 Menschen an der Veranstaltung teil.



Auf dem Marktplatz blieben viele Menschen beim Erklängen des japanischen Saiteninstrumentes (Koto) der Musikerin Ayana Akalin stehen. Der Redebeitrag unseres Gastredners Marvin Mendyka vom Netzwerk Friedenskooperative kann auf Anfrage gerne zugeschickt werden.

Im Hinblick auf unseren Bürgerantrag wurde uns am Rande der Veranstaltung Unterstützung von offizieller Seite zugesagt.

Was steht an?

- » **n. Gruppentreffen** der DFG-VK Aachen: Mi. 28. Aug. + Mi. 09. Okt., jew. 18.00 Uhr im Boxgraben 132
- » **Kabarett Muita Merda, 24. Aug.:** Ab 19.30 Uhr geht's los mit dem neuen Programm (s. Anlage)
- » **Am 31. Aug.** könnte der Himmel über Aachen Euren Blick anziehen. Zeitweilig wird ein Flugzeugbanner „Ukraine-Krieg stoppen – Frieden verhandeln“ über der Region zu sehen sein... (Info über Friedenskooperative Bonn)
- » **So., 01.Sept. - Antikriegstag:** Vor der traditionellen Verleihung des Aachener Friedenspreises um 19.00 Uhr in der Aula Carolina an die „Omas gegen Rechts“ und an die „Youth Initiative for Human Rights“ lädt das Antikriegsbündnis Aachen um **18.00 Uhr am „Geldbrunnen“** (Ursulinerstraße) unter dem Motto **„Waffenstillstand jetzt - in der Ukraine und Gaza! Friedenslogik statt Kriegslogik“** zu folgender Veranstaltung ein und fordert:

Keine Waffenlieferungen an die Ukraine und an Israel!

Kommt zur Antikriegskundgebung am 1.September 2024 um 18 Uhr am Geldbrunnen, Ursulinerstr.

Picket-Line zum Markt und Hauptkundgebung am Markt um 18 Uhr 30.

- » **Mi. 03. Sept.:** wird um 18 Uhr im Ratssaal unser Bürgerantrag Suttnerstr. (Zusatzschild: Berthavon Suttner Straße mit Kurzinfo) vom Bürgerforum behandelt (öffentlich)

- » **Großdemonstration der Friedensbewegung am 03. Okt. in Berlin; s. Aufruf:**
Mitfahrgelegenheit aus Aachen? Anfrage & Info unter: [akbac\(at\)posteo.de](mailto:akbac(at)posteo.de)

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität.

Aufruf zu einer bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern

und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie! Deshalb:

Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza!

– Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!

Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!

– Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe!

Friedenserziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen!

– Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue“ Wehrpflicht!

Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall!

– Keine Zwangsrekrutierung!

Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen!

– Keine Milliarden in die Rüstung!

Demokratischen Meinungs austausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen!

– Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam. Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest – jetzt! Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!

Kommt alle zur bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober um 13 Uhr nach Berlin!

Es liegt an uns!

» **Sa. 12. Okt.:** Demonstration und Aktion am 12. Oktober 2024 in Nörvenich
NATO-Atomkriegsmanöver 2024 stoppen! (weitere Infos folgen)

» **So. 24. Nov.:** Neue Veranstaltung

„**Texte & Musik wider die neue Kriegstüchtigkeit**“;
voraussichtlich ab 15.00 Uhr im Gemeindesaal
Hl. Geist, Ecke Körnerstr./Hohenstaufenallee
Mit Musik von Helmut Alba (*Theater und Schauspiel-
ausbildung beim Improvisationstheater "Springmaus",
Bonn. Mitbegründer, Chorleiter, Coach vieler Instru-
mental- und a cappella Gruppen, Folkmusiker.*)



Meinung zitiert:

* Die seitens der Union und auch der FDP geführte Kampagne gegen das „Bürgergeld“ zeigt, in welche Richtung es in Zukunft gehen wird, wenn die Rechnung des gegenwärtigen Rüstungswahns zu zahlen ist. Obwohl schon die jetzige Höhe lange nicht ausreicht, um die verfassungsmäßig gebotene Teilhabe am sozialen Leben tatsächlich zu garantieren, hetzen die politischen Interessenvertreter von Kapitalgesellschaften und Reichsten dieser Gesellschaft gegen die Bezieher dieser staatlichen Pflichtleistung. Dazu ein paar Fakten: Nach dem gültigen Satz „*stehen einem Bürgergeldbeziehenden aktuell rund 195 € mtl. für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke zur Verfügung – 6,42 € am Tag!*“! Obwohl „*die prozentualen Bürgergelderhöhungen der vergangenen Jahre manchen üppig vorkamen, lagen sie regelmäßig unter der Teuerungsrate für Lebensmittel*“. Einem Rechtsgutachten von Ende 2023 einer Hamburger Anwaltskanzlei zufolge „*verstoße die Bundesregierung mit ihrer Sozialpolitik gegen das Menschenrecht auf angemessene*

Nahrung“. (FR v. 18.07.24) Zum Vergleich: Ein gewisser Oliver Blume, seines Zeichens Vorstandsvorsitzender der Porsche & Volkswagen AG muss sich hingegen damit plagen, was er mit seinem (umgerechneten) Tagessalär von mehr als 28.200,- € anfangen soll.

Und damit das alles so bleibt, gewährt unsere Berliner „Fortschrittskoalition“ massiv zulegende staatliche Subventionen – für die Dax-Konzerne, die *„in den vergangenen Jahren dreistellige Milliardengewinne erzielt haben. So summierte sich 2023 der Nettogewinn der Dax-Konzerne auf 117 Milliarden €. Allein 2023 flossen mindestens 10,7 Milliarden € an die 40 Dax-Unternehmen – fast doppelt so viel wie im Vorjahr. Es sei zu befürchten, dass ein Großteil (dieser Steuergeschenke) privates Geld ersetze.“* (FR v. 30.06.24)

* Natürlich hat unsere Regierung auch einen guten Grund für soviel Zuwendung für unsere reicheren Mitbürger. Ein Blick über die Grenze zeigt doch, wie´s um den Seelenzustand dieser geplagten Schicht bestellt ist: *„Aus Angst vor der Abgabe in Höhe von 1,1 % ziehen viele Wohlhabende in die Schweiz“*. Bei diesen „Wohlhabenden“ handelt es sich um Norwegens Milliardäre, die sich in die „Steuerparadiese“ davonmachen. Nicht, weil die Vermögenssteuer vor 2 Jahren tatsächlich von 0,85 auf jene sagenhafte 1,1% des Nettovermögens erhöht wurde, sondern weil *„er von der Schweiz aus seinen philanthropischen Aktivitäten besser nachgehen könne“* – so die die herzerweichende Begründung eines in Lugano hausen müssenden Duzfreundes von Gerhard Schröder. Da derweil auch in Norwegen die Kommunen über die fehlenden Steuereinnahmen klagen, gibt es Bemühungen, *„die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen“*. Einer der ihren hatte sich dieser Aufgabe angenommen und zu einem speziellen Flüchtlingstreffen eingeladen. Das Versprechen vor den 20 Erschienenen: *„Alles zu tun, damit die nächste Regierung in Oslo nach der Wahl 2025 die Vermögenssteuer abschafft, weil sie für Unternehmen und Gesellschaft zerstörend ist“*. (FR v. 19.07.24) Wie gut, dass wir hier diese Sorgen nicht haben und somit zumindest in dieser Hinsicht geradezu ein Vorbild darstellen,

DAS LETZTE! Kein Werben fürs Sterben im Kölner Stadionbad

14.08.24 - [Pressenza Köln](#)



Die Kölner Gruppe der DFG-VK protestiert am 14.8.2024 mit einer Kundgebung gegen die Bundeswehr-Werbung am Sprungturm des Kölner Stadionbades. „Das Banner mit der Aufschrift ‚Karrieresprung‘ soll unsere Kinder wohl für die ‚Ostfront‘ gegen Russland mobil machen“, vermutet eine Sprecherin und warnt: „Das ist kein Karrieresprung, sondern ein Sprung in den Abgrund!“

Viele Grüße, Bernd

PS: Wer diesen Rundbrief künftig nicht mehr beziehen möchte, möge bitte eine kurze Mail an die im Briefkopf angegebene Mailadresse schicken.

Spendenkonto der DFG-VK Aachen, IBAN: DE26 43060967 4006161751